

Anlage II: Unterlagen zum Angebot

II.1 Gliederung der vorzulegenden Unterlagen

Alle ge	eforderten Unterlagen sind mit Ange	ebotsabgabe je Los e	inzureichen.		
Bieter		Vergabenummer:		Los:	
		Bitte Seitenzahl	(en) im eingereichten An	gebot ange	eben:
1.	Vorblatt Gliederung der einzureichenden U	nterlagen			
2.	Bietererklärung				
3.	Allgemeine Bieterangaben (von jedem Bieter bzw. jedem Mit	glied der Bietergeme	inschaft)		
4.	Bieterangaben (von jedem Bieter bzw. jedem Mit	glied der Bietergeme	inschaft)		
5.	Erklärung zur Bietereignung				
6.	Referenzliste und Nachweis (von jedem Bieter bzw. jedem Mit	über Erfahrungen glied der Bietergeme	in der Erwachsenenl inschaft)	oildung	
7.	Nachweis der Räumlichkeiten				
8.	Angaben zur Qualifizierung der Le	ehrkräfte und Mitarbe	eiter		
9.	Zusätzliche Kinderbetreuung				
10	. Kurzkonzept				
11	. Vorlagen				
	Muster Teilnahmebescheinigung				
	Muster Betreuungsplan				
	Muster Zwischenbericht				
	Muster Abschlussbericht				
	Muster Maßnahmeflyer				
	Muster Teilnehmerbefragung				
	Nachweis der Zertifizierung nach A	AZAV			
	Organigramm				
12	. Angaben zu inhaltlichen Änderung	en aufgrund eines In	fektionsgeschehens		
13	. Konzept				
14	. Urkalkulation				
Firmer	nstempel D	eatum	Unterschri		



II.2	Bietererklärı	ung						
Bieter:			Vergaber	nummer:			Los:	
☐ Einz	elbieter							
☐ Biet	ergemeinschaft							
Name o	der Bietergemei	nschaft:						
(Bitte b	oedenken Sie, d	ass der hier angeg	gebene Na	me in alle	en Schreiben al	s Adressat ve	rwende	t wird)
Bieter		Name und Rechts	sform:					
(Einzel		Straße:						
bevolln Vertret	nächtigter er)	PLZ, Ort:						
	,	Ansprechpartner						
		Telefon:						
		Telefax:						
		E-Mail-Adresse:						
Mitglied	d der	Name und Rechts	sform:					
	emeinschaft	Straße:	5101111.					
		PLZ, Ort:						
		Ansprechpartner:	<u> </u>					
		Telefon:	·					
		Telefax:						
		E-Mail-Adresse:						
Mitglied	d der emeinschaft	Name und Rechts	sform:					
Biecei 9	emembenare	Straße:						
		PLZ, Ort:						
		Ansprechpartner	<u> </u>					
		Telefon:						
		Telefax:						
	, ,	E-Mail-Adresse:						
Einzelb	ieter / bevollmä	ichtigter Vertreter	:					
Firmen	stempel		Datum	_		Unterschrift	:	



Nur bei Bildung von Bietergemeinschaften erforderlich:

Bevollma	ächtigter der Bietergemeinscha	ift:				
Bieter:		Vergab	enummer:		Los:	
	für die Bildung einer Bieter Sie die Gründe für die Bildung e	_		haft differenziert und nachv	ollziehb	ar dar.
Vollmad	cht bei Bildung einer Bieterg	gemeins	chaft			
Mit diese	er Vollmacht beauftragen wir und Auftrag der Bietergemeinsc	das ober	als bevollr	nächtigten Vertreter benan	nte Mit	glied im
- der Ab	gabe des Angebotes und					
- dem Al	oschluss des Vertrages.					
	lieder der Bietergemeinschaft ungserbringung	haften g	jegenüber d	lem Auftraggeber gesamtsc	huldner	risch für
Mitglied	ler der Bietergemeinschaft:					
Firmenst	empel	Datum		Unterschrif	t	
Firmenst	empel	Datum		Unterschrif	it	



	<u> </u>	
Firmenstempel	Datum	Unterschrift
Firmenstempel	 Datum	Unterschrift



II.3 Allgemeine Bieterangaben

Der Vordruck ist von jedem Bieter bzw. jedem einzelnen Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen.

Bieter:		Ve	rgabenumme	r:				Lo	s:	
1. Firma										
	tsform, Organe, Beii registerauszuges)	rat, Aufsichtsi	rat, etc. (Da	arstellung	g unter	Beifü	igung	eines	aktuelle	n
										_
3. Dater	des Anbieters:									
Wann w	urde Ihr Unternehmer	n gegründet?								
Seit war	nn ist Ihre Firma als A	nbieter in der	Aus- und We	iterbildu	ng tätigí	?				
Wie ist I	hre Firma organisator	risch aufgebau	t? (Organigr	amm mit	Angabe	der A	nspred	chpart	ner)	
1110 100 2			<u> (e.gag.</u>		7ga 2 3		op. o.	p u u.		
	indet sich der Firn ssungen an.	nenhauptsitz?	Geben Sie	bitte	Anzahl	und	Orte	der (deutsche	'n



4. Angaben zum Personal
Gesamtzahl der fest angestellten Mitarbeiter, darunter Zahl der Lehrkräfte:
Gesamtzahl der hauptberuflich tätigen Lehrkräfte:
5. Verantwortlicher Ansprechpartner für Rückfragen (mit Telefon und Fax-Nr.)



II.4 Bieterangaben

Der Vordruck ist von jedem Bieter bzw. jedem einzelnen Mitglied der Bietergemeinschaft einzureichen.

Bieter	:	Vergabenummer:		Los:	
Ich ge	ebe / Wir geben dieses Angebot ab	als:			
	nzelbieter etergemeinschaft				
1.	Ich / Wir versichere (-n), dass Auftraggebers zugrunde liegen.	diesem Angebot di	e unabgeänderten Vergabeu	ınterlag	jen des
2.	Ich / Wir versichere (-n), dass di Werkstätten etc.) sowie deren rä Ausschreibung genannten Anford	umliche und technis	che Ausstattung den in der		
3.	Ich / Wir versichere (-n), dass ogenannten Anforderungen erfülle		nmende Personal die in der	Aussch	reibung
Ausscl haben	in mir darüber bewusst, dass e hluss von diesem Vergabeverfahre kann. Ich erkläre darüber hin derungen an diesen Vordrucken v	en zur Folge hat und aus, dass die vorg	l von weiteren Vergabeverfa egeben Vordrucke verwend	hren zu	ır Folge
Ort		Datum	Firmenstempel und U	ntersch	rift



II.5 Erklärung zur Bietereignung

Der Vordruck ist von jedem Bieter bzw. jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einmal einzureichen.

Bieter:		Vergabenummer:		Los:	
II.5.1	Fachkunde				
1	ch habe die ausgeschriebene un usgeführt.	d / oder eine vergle	ichbare Leistung bereits		
Wenn ni	cht:				
u	ch verfüge über die notwendige ınd/oder der Ausführung bzw. d usgeschriebene und/oder eine v	er Leitung der Ausfü	ihrung befasste Personal die	-	
	-				
	Die Fachkunde wird durch ein / c nachgewiesen.	lie Mitglied(er) der E	Bietergemeinschaft		
II.5.2	Leistungsfähigkeit				
II.5.2.	1 Personal				
1	ch verfüge bereits jetzt über da: Personal.	s gesamte in der Lei	stungsbeschreibung geforde	erte	
(Bei Biet	tergemeinschaft / Subunternehr	ner: Für die zu erbr	ngende Teilleistung)		
Wenn ni	cht:				
g	ch werde die Maßnahme / Beau geforderten Personal durchführe lie zu erbringende Teilleistung)		_	⁻ ür	
_	Das gesamte erforderliche Perso Bietergemeinschaft oder Subunte	·	die Mitglied(er) der		
II.5.2.	2 Räumlichkeiten/Außeng	elände			
	ch verfüge bereits jetzt über die Jeeigneten Räumlichkeiten / das	-		erten	



Der Oberburgerme	ister
Maßnahme-/ Beauftragungsort/-en .	
(Bei Bietergemeinschaft / Subunternehmer: Für die zu erbringende Teilleistung)	
Wenn nicht:	
b) Ich werde für die Maßnahme / Beauftragung Räumlichkeiten / Außenanlagen an dem	
/ den geforderten Maßnahme-/ Beauftragungsorten nutzen, die entsprechend der Leistungsbeschreibung geeignet sind.	
(Bei Bietergemeinschaft / Subunternehmer: Für die zu erbringende Teilleistung). Für alle Maßnahmen / Beauftragungen, die innerhalb von 6 Monaten nach Ablauf der Angebotsfrist	
beginnen, sind mindestens verbindliche Angebote vorhanden.	
c) Die gesamten erforderlichen Räumlichkeiten / Außenanlagen werden durch das / die	
Mitglied(er) der Bietergemeinschaft oder Subunternehmer gestellt.	Ш
II.5.2.3 Insolvenzverfahren	
Über mein Vermögen wurde das Insolvenzverfahren eröffnet oder beantragt bzw. dieser	
Antrag ist mangels Masse abgelehnt worden.	
II.5.3 Eigenerklärung des Bieters	
Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen gemäß § 31 Unterschwellenvergabeor	
(UVgO) i.V.m. §§ 108e, 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB	-
(von jedem Bieter/Bewerber bzw. Mitglied einer Bieter- bzw. Bewerbergemeinschaft auszufülle	en)
Name und Anschrift des Bieters/Bewerbers bzw. Mitglieds der Bieter-bzw. Bewerbergemeinsch	aft:
I. Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir keine der zwingenden Ausschlussgründe	nach
123 GWB erfülle(n):	
□ Ja	

Nein



Falls Nein: Nachweis der Selbstreinigung nach § 31 Abs. 2 UVgO i.V.m. § 125 GWB (siehe Punkt IV) erforderlich

§ 123 GWB - Zwingende Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:
- 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
- 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
- 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
- 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- 5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
- 6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
- 7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern) und § 108f des Strafgesetzbuches (Unzulässige Interessenwahrnehmung)".
- 8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
- 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
- 10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
- (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.



- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
- 1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
- 2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingende n Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder

II. Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir keine der fakultativen Ausschlussgründe nach § 124 GWB erfülle(n):

11	Ja

- □ Nein
- Falls Nein: Nachweis der Selbstreinigung nach § 31 Abs. 2 UVgO i.V.m. § 125 GWB (siehe Punkt IV) erforderlich

ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

§ 124 GWB - Fakultative Ausschlussgründe

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
- 1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen gelt ende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- 2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- 3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
- 4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- 5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der



Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

- 6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
- 7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- 8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- 9. das Unternehmen
- a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
- b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
- c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes bleiben unberührt.
- III. Ich erkläre/wir erklären, dass ich/wir nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem noch bestehenden, nicht tilgungsreifen Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat (z.B. Verstoß nach § 21 Mindestlohngesetz oder § 21 Arbeitnehmerentsendegesetz), mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden bin/sind.
- □ Ja
- □ Nein
- □ Falls Nein: Nachweis der Selbstreinigung nach § 31 Abs. 2 UVgO i.V.m. § 125 GWB

(siehe Punkt IV) erforderlich

Mir/Uns ist bekannt, dass der Auftraggeber auch im Falle der vorstehenden Erklärung jederzeit zusätzliche Auskünfte des Gewerbezentralregisters nach § 150a der Gewerbeordnung anfordern kann.

Mir/Uns ist ebenfalls bekannt, dass der Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30.000,-- € inkl. USt. für die Bewerberin oder den Bewerber, die oder den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Abs. 1 Nr. 4 der Gewerbeordnung anfordert.

IV. Ich /wir führen folgende Nachweise der Selbstreinigung gemäß § 125 GWB an:



Tatbestand nach GWB	Nachweis der Selbstreinigung nach § 125 GWB
	(Erläuterung auf separater Anlage)

§ 125 GWB - Selbstreinigung

- (1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen, bei dem ein Ausschlussgrund nach § 123 oder § 124 vorliegt, nicht von der Teilnahme an dem Vergabeverfahren aus, wenn das Unternehmen nachgewiesen hat, dass es
- 1. Für jeden durch eine Straftat oder ein Fehlverhalten verursachten Schaden einen Ausgleich gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet hat,
- 2. die Tatsachen und Umstände, die mit der Straftat oder dem Fehlverhalten und dem dadurch verursachten Schaden in Zusammenhang stehen, durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden und dem öffentlichen Auftraggeber umfassend geklärt hat, und
- 3. konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen hat, die geeignet sind, weitere Straftaten oder weiteres Fehlverhalten zu vermeiden.
- § 123 Absatz 4 Satz 2 bleibt unberührt.
- (2) Öffentliche Auftraggeber bewerten die von dem Unternehmen Selbstreinigungsmaßnahmen und berücksichtigen dabei die Schwere und die besonderen Umstände Straftat oder des Fehlverhaltens. Erachten die öffentlichen Auftraggeber Selbstreinigungsmaßnahmen des Unternehmens als unzureichend, so begründen sie diese Entscheidung gegenüber dem Unternehmen.
- V. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, die vorstehende Erklärung auch von Nachunternehmern zu fordern und auf Verlangen bei der Vergabestelle vorzulegen.



Ort, Datum	Firmenstempel, Unterschrift
Name in Druckbuchstaben	



II.6 Referenzliste und Nachweis über Erfahrungen in der Erwachsenenbildung

Der Vordruck ist von jedem Bieter bzw. jedem Mitglied der Bietergemeinschaft einmal einzureichen.

Diotory	Vorgahanummari	Los:	
Bleter:	Vergabenummer:	LUS.	

Auftraggeber	Ansprechpartner Beim Auftraggeber (Name, Anschrift, Telefonnummer)	Maßnahme/ Leistung	Zielgruppe	Teilnehmerzahl	Durchführungsjahr/- zeitraum



II.7 Nachweis der Räumlichkeiten / Außengelände

Bei Bietergemeinschaften sind die Angaben in einem Vordruck zusammen zu fassen.

Bieter:		Vergabenummer:	Los:	
Durchführungsort(e) der Maßnahme:				
Mitglieds der Bieterge	en-gelände zur Durchführung Preisblatt auf erfolgen soll. Für jeden in vorgegebenen	in denen die der im Los- und fgeführten Maßnahmen n Los- und Preisblatt	EigentumKaufoptionAnmietungVorgesehene	Plätze / Teilnehmer (optional)



	I .	



II.8 Qualifikation der Lehrkräfte und Mitarbeiter

Für jeden Mitarbeiter sind neben diesem Vordruck auch ein Lebenslauf und Kopien der relevanten Zeugnisse einzureichen.

Alle Unterlagen sind **spätestens zwei Wochen vor Maßnahmebeginn** einzureichen. Sollte der zur Verfügung stehende Platz nicht ausreichen, bitte Angaben auf einem gesondertem Blatt aufführen.

Biete	Bieter: Verga		abenummer:			Los:	
Nr							
1.	Einsatz als (z.B. Sozial-/Jobcoach)	:					
2.	Vorname, Name:						
	Geburtsjahr:						
3.	Einschlägige abgeschlossene						
	Berufsausbildung als:						
4.	Berufserfahrung mit Art, Dauer	und					
	Arbeitgeber:						
5.	Zusätzlich erworbene Befähigunge	n:					
٦.	Zusatziich erworbene beranigunge	11.					
6.	Pädagogische Erfahrung in	der					
	Erwachsenenbildung:						
			Beschäftigt s	oit.			
_	Angaben zum derzeitigen		Descriating 5				
7.	Beschäftigungsverhältnis:		Sozialversich	erungspflichtig	☐ Ja		Nein
			Soziaiveisien	crungspinentig			
8.	Zahl der Wochenstunden in Maßnahme:	der					
9.	Zahl der Wochenstunden gesamt Träger:	beim					
10.	Ersatzlehrkraft bei Ausfall	des					

			Mülheim an der Ruhr
Firmenstempel, Unterschrift	Datum	Ort	



II.9 Fahrtkostenerstattung

Bieter:			Vergabenu	ımmer:				Los:	
1. Persönliche Angaben des Antragstellers									
Name, Vorna	ame:								
Straße, Haus	snummer	-:							
Wohnort:									
Fahrtkosten können für SGB II-Kunden übernommen werden, sofern sie die Bagatellgrenze von 3 Entfernungskilometer übersteigen und die Fahrtkosten durch den Besuch eines arbeitsmarktpolitischen Programms des Jobcenters Mülheim an der Ruhr entstehen. Es ist jeweils die kürzeste Streckenverbindung (einfache Fahrt) anzugeben. Sollten sich Fahrtkosten ändern, ist eine weitere Erklärung über Fahrtkosten auszufüllen.							en 1r n.		
2. Mir entst	ehen <u>ke</u>	<u>eine</u> Fahrkosten	•		Ш				
3. Mir entst	ehen Fa	ihrtkosten durch d	ie Teilnahn	ne an de	r Maßn	ahme in der	Zeit		
vom:			bis	s:					
Die Entfernu	ngskilom	ieter (ein Weg) zwis	schen Wohr	nort und	Schulu	ıngsstätte be	tragen:		km
Entfernungsk Bildungsträg		durch die / üft:	den M	itarbeite	r des	5		Name / Zeichen	
Erhalten Sie	Zuschüs	se zu den Fahrtkost	en?			Ja 🗌	Nein 🗌		
Wenn ja, vor	n wem:								
3. Fahrtkosten für den ÖPNV									
Die Fahrtkos	ten für d	en ÖPNV von			na	ch			
betragen für	eine		T	ı					
☐ Monatska	rte	Wochenkarte			Euro				



Ich versichere, dass die vorstehenden Angaben vollständig sind und der Wahrheit entsprechen.					
Ort, Datum	Unterschrift des Kunden	Unterschrift des Trägervertreters			



II.11 Urkalkulation

Vergabenummer:		
Maßnahmezeitraum:*	von	bis
Maßnahmedauer in Monaten:		
Platzzahl:		

	Stelle / Anzahl	Arbeitgeberbrutto (pro Monat)	Gesamt in €	pro TN in €	pro Monat & TN in €
Personalaufwand					
Ausbilder					
Lehrer					
Bildungsbegleiter					
Sozialpädagogen					
Verwaltung					
ggf. ergänzen					
Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe					
Lehr- und Lernmittel					
Sonstiges					
Aufwendungen für bezogene Leistungen					
Raum- und Gebäudemieten					
Prüfungsgebühren					
Betreuungskosten					
Sonstiges					
Abschreibungen incl. GWG					
bitte spezifizieren					

	V an der Ruhr
Sonstige betriebliche Aufwendungen	Der Oberbürgermeister
z.B. IT-Leistungen, bitte spezifizieren	
Zwischensumme	
Zuschläge	
bitte spezifizieren	
Angebotspreis	

^{*} Die Maßnahmekosten für eine evtl. vorgesehene Verlängerung der Laufzeit bitte auf einem gesonderten Formular "Urkalkulation" darstellen.

Mülheim

^{**}Achten Sie in ihrer Urkalkulation darauf höchstens mit ZWEI Nachkommastellen zu arbeiten, so dass keine Differenz zwischen dem Angebotspreis UND dem Monatspreis zustande kommt! "Urkalkulation" darstellen.



II.12 Dokumentation der Stabilisierung der Beschäftigungsaufnahme

	nittelten Teilnehmer der Maßnahme 🗌 während der Na en und der Rechnungslegung beizulegen.	achbetreuung ∐ für die Abrechnung der
verinituungsprannen auszurune	en und der Rechnungslegung beizulegen.	
Bieter:	Vergabenummer:	Los:
Teilnehmer		Bis:
(Name,	Teilnahme an Maßnahme von:	
Vorname):	Mabilatille voit.	
		PID:
Geburtsdatum:	Kundennummer:	
		Ende der
Arbeitgeber:	Aufnahme der	Beschäftigung
-	Beschäftigung am:	am:
Ich erkläre mich mit der Konta	ktaufnahme der Mitarbeiter des Trägers	mit meinem Arbeitgeber im
	einverstanden nicht einverstanden.	mic memen 74 bengeber mi
-		
		
Ort, Datum	Unterschrift des Teilnehmers	



Datum	Kontaktpartner (Beschäftiger/ Arbeitgeber)	Art des Kontakts (persönlich, telefonisch)	Anlass/Thema des Kontakts	Inhalt des Kontakts (in Stichworten)	Ergebnis des Kontakts (wie Beschäftigung stabil, Beschäftigung befristet zum)



II. 13 Kurzbeschreibung des Maßnahmekonzepts Adressat: Casemanagement

Stand	Aktuelles Datum				
Vorgaben: Schwerpunkt ist die Be Ablaufs sowie möglicher Stundenpl			ı mit grafischer Abbildung des		
Titel der Maßnahme					
Träger					
Laufzeit					
Zuweisungszeitraum	tt.mm.jjjj- tt.mm.jjjj	TN-/Platzzahl			
Individuelle TN-Dauer	Von bis zu Monate/Wochen/Tage	Max. Std/ Woche			
Zielgruppe					
Teilnahmevoraussetzung (optional)					
Inhalte des Angebots	5				
Ziele					
gem. den Verdingungsunterlagen					
Leistungen					
Strukturierte Darstellung mit p	raxisnaher Beschreibung der	Ziele, Inhalte, Dauer und	Methoden		
Berichtswesen					

gem. den Verdingungsunterlagen

Seite 26 von 28



	Bitte auflisten: Titel des Anhangs
Anhang	

